

Wir fordern die Delegierten des Landesausschusses auf, diesen Antrag zu unterstützen. Unser Bundestagsabgeordneter soll aufgefordert werden über die Bundestagsfraktion einen Antrag in diesem Sinne in den Bundestag einbringen.

## Änderung der Regularien des aktuellen Systems der Renten- und Bezügeerhöhungen im öffentlichen Dienst

### Begründung

Seit vielen Jahren ist es traurige Realität, dass sich die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter öffnet. Es hat inzwischen unerträgliche Formen erreicht und muss endlich korrigiert werden.

Als ersten kleinen Schritt zur Verbesserung dieser Situation schlagen wir vor, den Weg der prozentualen Renten- und Bezügeerhöhungen zu beenden. Bei jeder Erhöhung, egal ob es Renten, Bezüge im öffentlichen Dienst oder Lohnerhöhungen der Tarifpartner sind, geht es um prozentuale Erhöhungen. Bei diesem System wird der Unterschied bei den Einkommenssteigerungen in den unterschiedlichen Einkommensgruppen automatisch immer größer und ungerechter. Die Schere geht weiter auf. Es macht keinen Sinn, gutbetuchten Rentner\*Innen die gleiche prozentuale Rentenerhöhung zukommen zu lassen, wie den Armutsgefährdeten mit geringen Renten.

Als Beispiel: Wer 800.- € Rente bezieht, bekommt bei einer 5%igen Erhöhung 40.-€. Derjenige, der 2500.-€ Rente bezieht, bekommt bei gleicher 5%iger Erhöhung 125.-€. Bei der Erhöhung im öffentlichen Dienst sieht es ähnlich aus, wie bei dem Polizeianwärter und Abteilungsleiter. Die Erhöhungen müssen bedarfsgerecht korrigiert werden. Vereinfacht, wer wenig bezieht, muss eine höhere Erhöhung bekommen, wer hohe Einkünfte bezieht, kann eventuell auch mal leer ausgehen.

Das muss sinnvoll gestaffelt ausgearbeitet werden.

Wenn die öffentlichen Stellen dieses alte System verlassen und zu einem gerechteren und sinnvolleren System wechseln, werden sich auch die Tarifparteien dieser Korrektur nicht verweigern. Der Tarifkampf von Verdi bei Post mit der 500 Euro Forderung ist ein guter Anfang. Ein erster, kleiner Schritt zu einem sich nicht immer weiter verschärfenden Unterschied zwischen Armutsgefährdeten und Wohlhabenderen wäre eingeleitet.

Für den Kreisverband DIE LINKE Vulkaneifel

Hildegard Slabik-Münter

Klaus Becker

19.06.2023